

pax_zeit

1_2023

Zukunft der Rüstungs-
exportkontrolle



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Über den freiwilligen Friedensdienst in Israel-Palästina berichtet Richard Bösch von pax christi Rottenburg-Stuttgart auf den Seiten 18 und 19.

Leser:innenbriefe

Dr. Christel Steinmetz reagierte am 31.01.2023 erfreut auf den Beitrag von Clemens Ronnefeldt in der pax_zeit 4/2022. Sie stimmt der Kritik an den Talk-Shows zu und betont, dass die Hälfte der Bevölkerung gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ist.

Reinhard Muth aus Althütte kommentierte am 14.12.2022 den in Heft 4/2022 abgedruckten Beschluss der pax christi-Delegiertenversammlung sehr kritisch. Hier ein Auszug: „Pazifistisches Selbstbewusstsein wird erschüttert? Meins jedenfalls nicht, im Gegenteil, die Greuel des Krieges in der Ukraine haben mein pazifistisches Bewusstsein nur verstärkt. Warum sät die Redaktion Zweifel am Bewusstsein, statt den Menschen, die unerschütterlich den Pazifismus für den hilfreichsten Weg zum Frieden halten, den Rücken zu stärken? Weil einige Mitglieder noch immer Zweifel am Friedensgebot Jesu haben?“

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeber pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto Pax Christi International Gesamtherstellung Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 02_2023: 17.03.2023

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Artikel dieser pax_zeit befassen sich mit der Zukunft der Rüstungsexportkontrolle in Deutschland und Europa. Damit bringen wir Sie auf den neuesten Stand der Diskussion um ein Rüstungsexportkontrollgesetz und hoffen, dass Sie dazu auch lokale Lobbyarbeit machen werden. Aber Debatten um Waffenlieferungen fokussieren zurzeit in den Medien ja mehr auf die Ukraine. Das Pro & Contra dazu bringen zwei Friedensethiker ins Wort, gleich auf den Seiten 4 und 5. Ich bin gespannt auf Ihre Reaktionen.

Heiß debattiert wird auch vielerorts das Engagement der ‚Last Generation‘. Wir lassen einen Jesuiten zu Wort kommen, der sich dafür entschieden hat, bei deren provokativen Aktionen mitzumachen. Was mir eindeutig scheint ist, dass die jungen Menschen, die sich auf Autobahnen und anderswo festkleben und damit manchmal unseren Alltag chaotisieren, einer klaren Orientierung folgen. Der Orientierung, die Bewahrung der Schöpfung höher zu setzen, als einen regelten, pünktlichen Tagesablauf. Ich bin davon überzeugt, dass der Widerstand dieser jungen Menschen unsere Solidarität verdient.

Viel von international engagierten Frauen erfahren Sie im Interview mit der neuen PCI-Generalsekretärin Martha Ines Romero aus Kolumbien sowie im Impuls auf Seite 23, der diesmal ebenfalls aus Kolumbien kommt und uns Einblick in das Engagement der Frauen dort gibt sowie im Bericht über die Ausstellung von pax christi Aachen über Frieden und Versöhnung in Bosnien und Herzegowina mit dem Titel: „Frauen geben dem Frieden ein Gesicht“.

Vor 75 Jahren, am 3. April 1948, wurde in Kevelaer der deutsche Zweig der 1944 in Frankreich entstandenen pax christi-Bewegung gegründet. Die pax_zeit nimmt dies zum Anlass, dieses Jahr in jedem Heft an je zwei Jahrzehnte der pax christi-Geschichte in Deutschland zu erinnern. Diesmal sind die 50er und 60er-Jahre dran.

Eingeladen sind Sie alle zur Feier des 75-jährigen Bestehens. Das Programm des Kongresses finden Sie erneut auf der Seite 20. Sehen wir uns in Leipzig?

Christine Hoffmann

Nicht vergessen: Anmelden
beim pax christi-Kongress

Anmeldekarte liegt bei.

Inhalt

Rüstungsexporte

4 Waffen an die Ukraine?

Heinz Gerhard Justenhoven, Thomas Nauerth

6 Die europäische Dimension der Rüstungsexportkontrolle

Charlotte Kehne

Erinnerung

8 Steiniger Weg zu einem wirksamen Rüstungsexportkontrollgesetz

Susanne Weipert

pax christi-Geschichte

10 Der Aufruf zum Frieden stiften

Friedhelm Boll

Kirchengeschichte

12 Projekt „Kirche & Weltkrieg“

Peter Bürger

Aktiv gewaltfrei

14 Eindeutig pro Last Generation

Jörg Alt

Pax Christi International

16 Die Pläne der Martha Ines Romero

Christine Hoffmann

Freiwillige Friedensdienste

18 „Vielfalt schätzen und Leben teilen“

Richard Bösch

Kongress

20 Friedenskongress

Diözesanverbände im Profil

21 Frauen geben Frieden ein Gesicht

Sabine Schleiden-Hecking

Kommissionen und AGs im Profil

22 „... damit alle leben können!“

Stefan Leibold

Glaube Perspektive

23 Frauen, die sich für den Frieden einsetzen

Olga Lucía Alvarez Benjumea

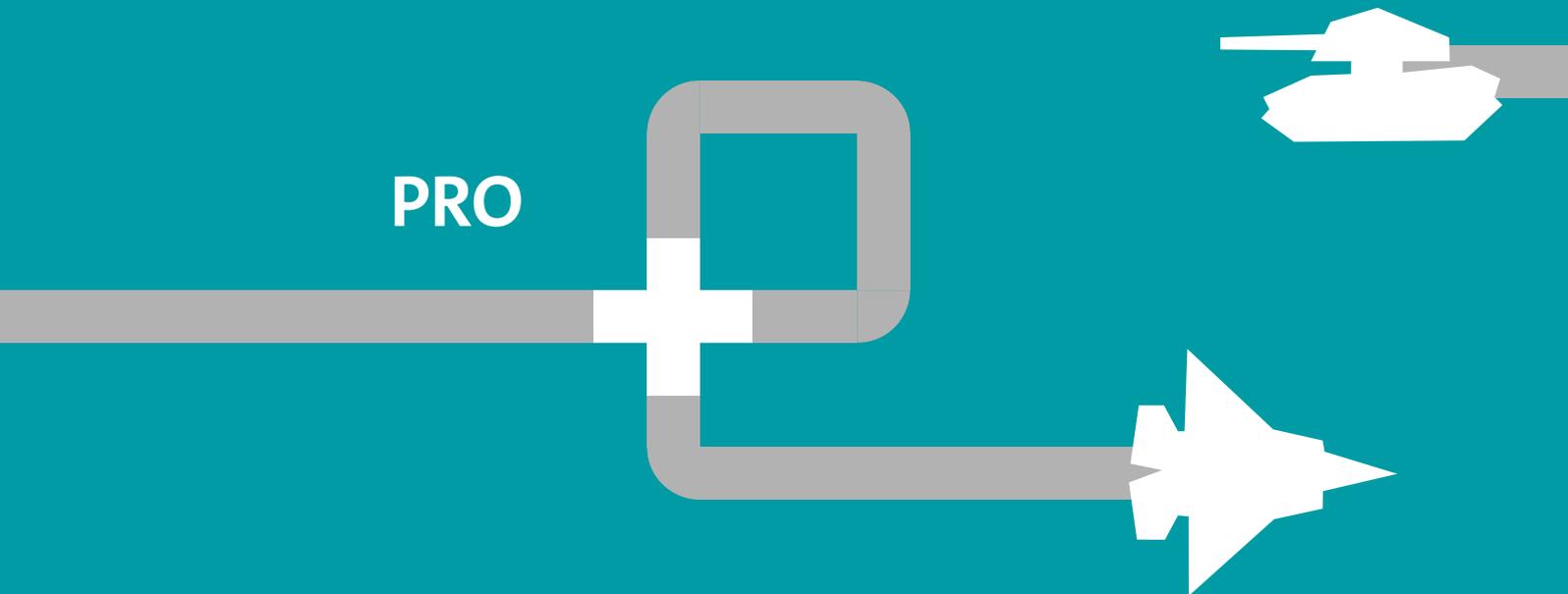


Foto: Pax Christi International

Martha Ines Romero aus Kolumbien folgt als Generalsekretärin von Pax Christi International auf Greet Vanerschoot. Greet wurde im Rahmen einer internationalen Konferenz zu Aktiver Gewaltfreiheit Anfang Dezember 2022 in Rom verabschiedet.

Waffen an die Ukraine?

PRO



Das Maß des Möglichen

Heinz Gerhard Justenhoven

Bei dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine handelt es sich um einen offenen Bruch des völkerrechtlichen Gewaltverbots. Die Ukraine hat ein völkerrechtlich und ethisch begründetes Verteidigungsrecht. Diese Verteidigung hat sich am Ziel der Abwehr der Aggression zu orientieren: Die Ukraine darf die russischen Truppen mit angemessenen und verhältnismäßigen militärischen Mitteln aus ihrem Land vertreiben, aber eben auch nicht mehr. Zugleich gilt das Kriterium der Aussicht auf Erfolg: Die Verteidigung muss eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben, oder anders gesagt, sie darf zumindest nicht in Abrede gestellt werden können. Vom Ziel der Gewaltüberwindung her selbstverständlich ist dann auch, dass jede Möglichkeit, die sich gegebenenfalls bietet, dieses Ziel mit diplomatischen Mitteln zu erreichen, vorzuzugswürdig ist und also genutzt werden muss.

Zu ihrer Verteidigung darf die Ukraine die hierzu erforderlichen und verhältnismäßigen Mittel einsetzen. Da die Ukraine nicht über hinreichende Mittel verfügt, um sich gegen die wesentlich stärkere russische Armee wehren zu können, sind die Mitglieder der Staatengemeinschaft nach dem Maß ihrer Möglichkeiten dazu verpflichtet, der Ukraine diejenigen militärischen und finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie zu ihrer Verteidigung benötigt.

Unstrittig ist, dass das Opfer einer Aggression der Hilfe bedarf, wenn es sich aus eigener Kraft nicht wehren kann. Welche

Mittel die Aggression wirkungsvoll überwinden und angemessen sind, ist nicht nur unter Christ:innen umstritten. Angesichts des massiven russischen Waffeneinsatzes reichte der zivile Widerstand z. B. in Cherson offenkundig nicht gegen die russische Besatzungsmacht und ihre Gewalt auch an der Zivilbevölkerung aus. Gegen Raketenbeschuss auf zivile Infrastruktur ist ziviler Widerstand macht- und wirkungslos. Daher vertrete ich die Position, dass andere Staaten, vor allem die Nachbarn, dazu verpflichtet sind, der Ukraine die erforderlichen – auch schweren – Waffen zur Verfügung zu stellen. Diese Waffenlieferungen müssen sich auch an den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und Hinlänglichkeit und am Maß des jeweils Möglichen orientieren: verhältnismäßig gegenüber den von der russischen Armee eingesetzten Waffen; und hinlänglich, um die Angriffe abzuwehren. Da die russische Armee schwere Waffen einsetzt (Artillerie, Panzer, Raketen etc.), bedarf die Ukraine entsprechender schwerer Waffen, um sich zu wehren, insbesondere solcher zur Luftverteidigung gegen Raketen und Marschflugkörper. Es ist dann eine Frage politischer Klugheit, welche schweren Waffen konkret dies sein sollen; sie entscheidet auch über das Maß des Möglichen.

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven ist Direktor des Instituts für Theologie und Frieden

CONTRA

Weil die Frage so engagiert diskutiert wird, haben wir zwei ausgewiesene Friedensethiker gefragt, wie sie ihre Haltung zu den aktuellen Waffenlieferungen in die Ukraine begründen. Beide tragen überzeugende Argumente vor.

Kriege stoppen, Waffen verweigern

Thomas Nauerth

Waffenlieferungen sind eine Frage des Glaubens. „Aber ich glaube an keinen Krieg“ (Mahatma Gandhi, 1938). Für den, der an Krieg als hilfreiches Mittel nicht glauben kann, sind sie daher kein Thema. Auch seinen Freund:innen wird man nichts schenken, von dem man überzeugt ist, es schadet ihnen.

Waffenlieferungen sollten aber auch für den an Gewalt und Krieg Glaubenden immer verbunden sein mit einer klaren Strategie. Mit Vernunft und Verstand.

Was ist das Ziel der Waffenlieferungen? Verteidigung? Sieg? Verhandlungen? Frieden? Gibt es eine Verständigung über den genauen Inhalt dieser Ziele? Was soll verteidigt werden, Menschen oder „territoriale Integrität und Souveränität“? Wie viel Menschenleben ist man bereit für territoriale Integrität und Souveränität zu opfern? Was genau bedeutet „Sieg“? Gibt es Sicherheit, dass der, den man besiegen will, eine Niederlage auch akzeptiert? Hat der, der die Waffen erhält, dieselben Ziele, wie der, der die Waffen liefert? Hat man Einfluss darauf, was mit den gelieferten Waffen geschieht?

Ohne „ein politisch strategisches Gesamtkonzept sind Waffenlieferungen Militarismus pur.“ (Erich Vad, Brigadegeneral a. D.) Es ist kein Zufall, dass Militärs aktuell skeptisch gegenüber Waffenlieferungen sind, denn es gibt in Bezug auf den Krieg in der Ukraine keine Klarheit zu all diesen komplexen Fragen. Man sollte gerade als militärischer Laie auf Expert:innen

hören: „Das ist eine militärische Eskalation (...) Wir begeben uns auf eine Rutschbahn. Das könnte eine Eigendynamik entwickeln, die wir nicht mehr steuern können.“ (Erich Vad)

Wenn es nicht nur eine „Pflicht des Angreifers, seine Aggression zu beenden“ gibt, sondern eine „moralische Pflicht auch des Aggressionsopfers (...), mögliche Alternativen zur Fortsetzung des blutigen Grauens zu erwägen und in Verhandlungen zu klären“ (Reinhard Merkel; vgl. auch Lk 14,31–32!), muss gefragt werden, ob Waffenlieferungen die politische Führung eines angegriffenen Staates dazu verleiten, diese Pflicht nicht wahrzunehmen – mit blutigen Folgen für die betroffene Bevölkerung.

Klar ist in dem Wirrwarr der allzu viel offenen Fragen nur eines: Waffen füttern einen Krieg, immer und auf jeden Fall. Und ein Krieg frisst Menschen, immer und auf jeden Fall. Es war daher vernünftig, dass jahrzehntelang in Deutschland ein Konsens geherrscht hat, keine Waffen in Kriegs- und Konfliktgebiete zu liefern. Wer beginnt, in einem Konflikt Waffen an eine Partei zu liefern, kann der sich in anderen Konflikten der Lieferung verweigern? Wo soll das hinführen und wo soll das enden?

Apl. Prof. Dr. Thomas Nauerth ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der pax christi-Bewegung

Die europäische Dimension der Rüstungsexportkontrolle

Eklatante Defizite sind immer wieder sichtbar

Charlotte Kehne

Dass Rüstungsexportkontrolle kein rein nationales Thema ist, machten Ende September 2022 die Nachrichten über deutsche Zulieferungen für Kampfflugzeuge für Saudi-Arabien abermals deutlich. Dabei hatte die Ampel-Regierung stets betont, dorthin nicht mehr zu liefern. Wie kann es sein, dass weiterhin deutsche Rüstungsgüter auf die arabische Halbinsel gelangen? Und was sagt uns das über europäische Rüstungsexportkontrolle?

Noch Mitte September vergangenen Jahres teilte die Regierung mit, seit ihrem Amtsantritt keine Waffenexporte in das autokratisch regierte Land genehmigt zu haben – auch nicht im Rahmen einer Ausnahmeregel für gemeinschaftliche Rüstungsprojekte mit Bündnispartnern. Von dieser Ausnahme, die bereits die Große Koalition im Exportstopp nach Saudi-Arabien verankerte und nutzte, macht die Ampel-Regierung Ende September dann aber doch Gebrauch. Sie stimmte Lieferungen im Rahmen von Gemeinschaftsprojekten mit Italien, Spanien und Großbritannien zu. Dabei handelt es sich um Ausrüstungsteile und Bewaffnung für die Kampfflugzeuge Eurofighter und Tornado sowie Munition für den Eurofighter. Diese Flugzeugtypen wurden bei Luftangriffen der Jemen-Kriegscoalition eingesetzt.

Verlässlichkeit gegenüber Bündnispartnern

Laut damaliger Aussage eines Sprechers des Auswärtigen Amtes mache man sich „überhaupt keine Illusionen“ über die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien. Andererseits jedoch sei Deutschland im Rahmen von Kooperationsprojekten mit engsten Bündnispartnern Verpflichtungen eingegangen. Ähnlich argumentierte die ehemalige Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, die von „Sonderregeln“ beim Export von gemeinsam produzierten Rüstungsgütern sprach, mit denen Deutschland europäische Rüstungskoperationen kompliziert mache. Verlässlichkeit gegenüber den Verbündeten in EU und NATO sei noch wichtiger geworden, betonte Außenministerin Annalena Baerbock.

Verlässlichkeit stellt die Bundesregierung mit solchen Exportgenehmigungen jedoch gerade nicht unter Beweis. Rüstungslieferungen an Länder wie Saudi-Arabien stehen in eklatantem Widerspruch zu geltenden Kriterien des europäischen

„Gemeinsamen Standpunkts für Rüstungsexporte“ und des Arms Trade Treaty, auf die sich alle EU-Länder und Großbritannien geeinigt haben. Und genau hier wird das eklatante Defizit der Rüstungsexportkontrolle in der EU deutlich: Alle Mitgliedsländer haben sich auf gemeinsame Kriterien geeinigt, die jedoch unterschiedlich interpretiert werden.

Mehr Kooperation erfordert mehr Kontrolle

Doch während die europäische Rüstungszusammenarbeit zunehmend gestärkt und gefördert wird, wird diese Entwicklung weiterhin nicht von einer Stärkung der europäischen Rüstungsexportkontrolle begleitet. Ende 2019 beschlossen die deutsche und französische Regierung ein Abkommen, um beim Export von Rüstungsgütern aus gemeinschaftlicher Produktion einen gemeinsamen Ansatz zu entwickeln. Das Abkommen, dem Anfang 2021 auch Spanien beitrug, folgt überwiegend der Logik, dass die Regierungen weitgehend auf ein Veto verzichten und sich grundsätzlich nicht gegenseitig daran hindern, gemeinsam produzierte Rüstungsgüter zu exportieren. Es kann also der geringste Standard gelten.

Laut Eckpunktepapier zum Rüstungsexportkontrollgesetz (Oktober 2022) soll auch zukünftig auf solche Abkommen gesetzt werden. Die in ihnen verankerten Regeln sollen sogar Vorrang vor nationalen Regeln erhalten. Dies könnte weiter Tür und Tor für Exporte an Länder wie Saudi-Arabien öffnen. Anstatt also die Arbeit am Rüstungsexportkontrollgesetz zu nutzen, um auf europäischer Ebene glaubwürdig als Vorreiter für die dringend benötigte Durchsetzung und Verschärfung bestehender EU-Kriterien einzutreten, besteht die Gefahr, dass die in den Eckpunkten fokussierten Abkommen bestehende EU-Kriterien untergraben und konterkarieren. Dies könnte auch Diskussionen rund um eine strenge EU-Verordnung den Wind aus den Segeln nehmen, für die sich die Ampel-Regierung einsetzen will und zu der ein diskussionswürdiger Vorschlag aus dem Europaparlament auf dem Tisch liegt.

Europäische Gemeinschafts- und Kooperationsprojekte – auf wessen Kosten?

Es ist unbestritten, dass angesichts zunehmender europäischer Rüstungskoperation die Notwendigkeit besteht, auch die

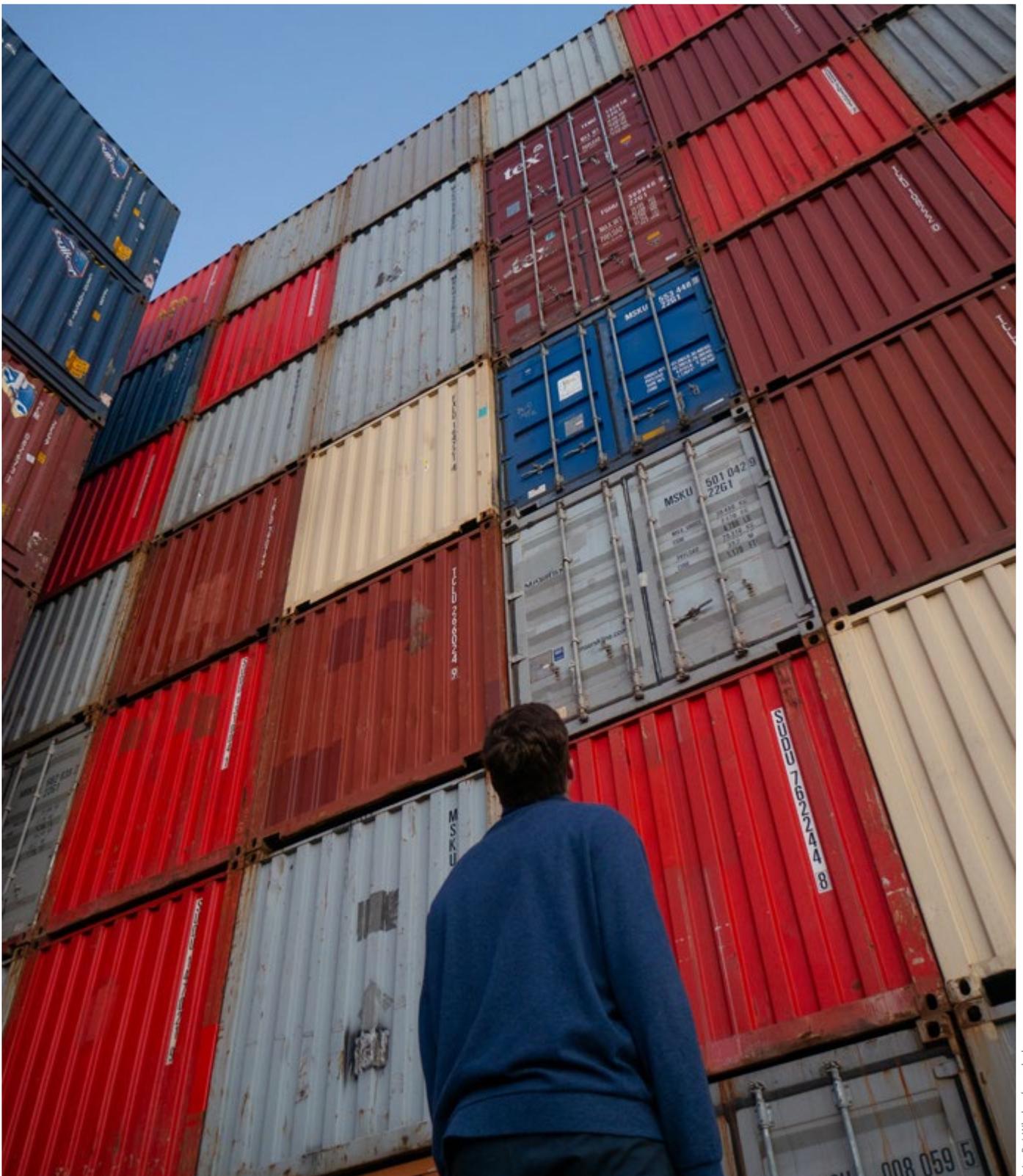


Foto: Pat Whelen / unsplash.com

europäische Rüstungsexportkontrolle weiterzuentwickeln. Es ist aber inakzeptabel, dass dabei der geringste Standard als Leitschnur gelten soll. Europäische Rüstungskoope­ration darf nicht Vorrang vor einer restriktiven Kontrolle erhalten. Vor diesem Hintergrund muss die Veto-Möglichkeit für Exporte gemeinsam hergestellter Rüstungsgüter erhalten bleiben, damit sich Deutschland für die Einhaltung der europäischen Kriterien einsetzen kann. Dabei handelt es sich keinesfalls um nationale Sonderregeln, sondern um die Einhaltung und Stärkung bestehender europäischer Kriterien.

Denn die Kosten tragen am Ende immer die Menschen in Krisengebieten: Nur wenige Tage nach der Genehmigung der Rüstungsexporte für Saudi-Arabien wurde bekannt, dass die Waffenruhe im Jemen nicht verlängert wurde.

Charlotte Kehne ist Referentin bei Ohne Rüstung Leben und Mitglied der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)-Fachgruppe Rüstungsexport.

Steiniger Weg zu einem wirksamen Rüstungsexportkontrollgesetz

Verbandsklagerecht muss erkämpft werden

Susanne Weipert



Foto: Claudio Schwarz / unsplash.com

Die Regierungskoalition von SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen vereinbarte im Koalitionsvertrag, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) auf den Weg zu bringen. Bereits Anfang des Jahres 2022 kündigte das für Rüstungsexportkontrolle federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) unter Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen) einen ersten Gesetzentwurf für den Herbst 2022 an.

Der zuständige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Sven Giegold, lud dann im Frühjahr 2022 dazu ein, Erwartungen an das Gesetz in Form von Stellungnahmen abzugeben sowie an Fachgesprächen Ende März und Anfang April teilzunehmen, zwischen dem BMWK und einer Vielzahl von Vertreter:innen aus der Friedens- und Menschenrechtsarbeit und Forschungsinstituten der Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik sowie Rüstungsindustrie und Gewerkschaften. Am 14. Oktober 2022 legte das Wirtschaftsministerium dann

Eckpunkte für das Rüstungsexportkontrollgesetz vor, statt eines ausformulierten Gesetzentwurfs. Erneut wurde dazu eingeladen, Stellungnahmen dazu abzugeben sowie an zwei darauffolgenden Fachgesprächen Ende November teilzunehmen. Die Stellungnahmen zum Rüstungsexportkontrollgesetz und die Protokolle der Fachgespräche können auf der Internetseite des BMWK nachgelesen werden. Die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ beteiligte sich jeweils an diesen Prozessen und kritisierte auch öffentlich die vorgelegten Eckpunkte scharf.

Kritik am Eckpunktepapier

Neben anderem fehlt in dem Entwurf das Verbandsklagerecht, das wir schon lange fordern. Und das, obwohl die Grünen, damals noch in der Opposition, vehement dafür gekämpft haben. Nur mit diesem können die Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierung juristisch daraufhin

überprüft werden, ob sie im Rahmen der geltenden Gesetze erteilt wurden. Dem Bundestag kommt nur die nachträgliche „politische Kontrolle“ der exekutiven Entscheidungen zu.

Die von der Bundesregierung Ende September erteilten Exportgenehmigungen für Saudi-Arabien stehen beispielhaft mahrend für die Notwendigkeit einer wirksamen, unabhängigen Kontrolle, wie sie nur durch ein Verbandsklagerecht möglich ist.

Auch wenn derzeit nicht klar ist, wann der erste Gesetzentwurf wirklich vorgelegt wird, beginnt nun die intensive inhaltliche Auseinandersetzung und Arbeit. Der Druck auf die Entscheidungstragenden muss dauerhaft aufrechterhalten und der Ernst des Anliegens zum Ausdruck gebracht werden. So richteten Ende des Jahres 2022 z. B. auf Initiative der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ insgesamt 28 zivilgesellschaftliche Organisationen einen Offenen Brief an die Mitglieder des Bundessicherheitsrates sowie die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien, in dem sie diese dazu aufforderten, ein Verbandsklagerecht in dem Rüstungsexportkontrollgesetz zu verankern.

Jetzt sind alle gefragt!

In den nun anstehenden Gesprächen mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages muss deutlich gemacht werden, dass es auch in ihrem eigenen Interesse ist, künftige Regierungsentscheidungen in einem engen gesetzlichen Rahmen zu wissen sowie durch das Verbandsklagerecht ein Instrument zu schaffen, das die Exekutive auf die Anwendung des dann vom Parlament demokratisch erlassenen Rüstungsexportkontrollgesetzes (REGK) durch Gerichte verpflichten kann.

Dazu sind alle Einzelpersonen und Gruppen von pax christi herzlich eingeladen, sich an ihre Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis und/oder darüber hinaus zu wenden und mit ihnen in ein direktes Gespräch oder schriftlichen Austausch über das geplante Rüstungsexportkontrollgesetz zu treten und sich v. a. für die Schaffung eines Verbandsklagerechts einzusetzen.

Auf der Internetseite von pax christi findet sich unter „Kommission Rüstungsexporte“ ein Musterbrief für eine Gesprächsanfrage an Abgeordnete aus dem Wahlkreis zum Rüstungsexportkontrollgesetz. Dieser Brief kann leicht



Foto: André Lewski

umformuliert werden, um eine schriftliche Stellungnahme zu den darin kritisierten Punkten zu erbitten.

Für die Gespräche mit den Abgeordneten findet sich auf der Internetseite der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ unter Service/Material eine ausführliche Argumentationshilfe für die wichtigsten Forderungen an das Gesetz. Jedes Gespräch, das die Notwendigkeit eines strengen Gesetzes mit einer juristischen Kontrollmöglichkeit aufzeigt, zählt! Außerdem können Fachgespräche oder Podiumsdiskussionen organisiert werden, wofür Referent:innen bei der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ angefragt werden können.



bmwi.de
aufschrei-waffenhandel.de

Susanne Weipert ist Koordinatorin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.



Foto: pax christi

Der Aufruf zum Frieden stiften

Aspekte der Entstehungszeit der pax christi-Bewegung

Friedhelm Boll

50er Jahre und Aussöhnung mit Frankreich und Polen

Die Idee von pax christi entstand im südfranzösischen Milieu des Republikanismus. Dort hatte die Studienrätin, Marie-Marthe Dortel-Claudot, im Herbst 1944 die Eingebung, einen „Gebetskreuzzug zur Bekehrung Deutschlands“ zu gründen. Sie befragte mehrere hochrangige Kleriker, bis sie über den Kardinal von Toulouse auf den Bischof Pierre-Marie Théas aufmerksam wurde, der sich seit 1945 aktiv für die Aussöhnung mit Deutschland einsetzte. Die weitere Entwicklung dieses Gebetskreuzzugs wurde stark von Bischof Théas, aber auch generell von einem Teil der französischen Bischöfe sowie vom päpstlichen Nuntius in Paris, Angelo Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., beeinflusst. 1946 forderten 40 französische Bischöfe von ihrer Regierung, die deutschen Kriegsgefangenen frei zu lassen. 1947 erhielt die Bewegung die Anerkennung des Papstes, verbunden mit der Empfehlung, einen neuen Namen, nämlich „Gebetskreuzzug für die

Nationen“, anzunehmen. Seitdem folgten weitere symbolträchtige Ereignisse, durch die die Bewegung in Deutschland großen Zulauf erhielt. 1946 hatte in der Wallfahrtskirche von Vezelay eine Wallfahrt von 14 Nationen stattgefunden, die jeweils ein Kreuz zur Kathedrale trugen. Nur Deutsche waren nicht vertreten. Auf Initiative von französischen Priestern wurde aus dem Kreis der deutschen Kriegsgefangenen, die für die Versorgung der Pilger z. B. beim Aufbau von Zelten eingesetzt waren, eine 15. Gruppe gebildet, deren Kreuz schließlich in der Mitte der anderen Kreuze aufgestellt wurde.

Inzwischen waren die Vorgänge im französischen Katholizismus auch in die westdeutschen Besatzungszonen gedrungen, wo Kreise der katholischen Jugendbewegung, die schon vor 1933 intensive Kontakte zur französischen katholischen Jugend gepflegt hatten, die Idee in ganz Deutschland verbreiteten. Personen des Friedensbund der deutschen Katholiken (FdK), des Quickborn und anderer aus der Jugendbewegung hervorgegangenen Kreise ergriffen freudig die ausgestreckte Hand der französischen Katholiken und verbreiteten die Idee, wo es nur ging. Höhepunkt bildete das Jahr 1948, als pax christi in

der Osterwoche in Kevelaer gegründet wurde. Bischof Théas brachte den Versammelten den Bruderkuß des christlichen Frankreich, reichte den Kommunionkindern zum ersten Mal die Kommunion und brachte einige aus der französischen Gefangenschaft entlassene Väter der Kinder mit. Hinzukam, dass Bischof Théas seit 1947 gerade Deutsche zur Wallfahrt nach Lourdes einlud, was eine große Resonanz nach sich zog. Zu den Initiatoren gehörte auch die Aachener Männerbewegung, die von ehemaligen jugendbewegten Männern gegründet wurde und 1947 während der Sommermonate eine Sühnewallfahrt durch das gesamte Bistum Aachen organisierte und ein großes Sühnekreuz, trug. Das Aachener Friedenskreuz wurde später das berühmte Zeichen der deutschen pax christi nicht zuletzt, weil es 1950 von Aachen den Rhein aufwärts nach Rom getragen wurde. Ein Riesenerfolg, weil die Initiatoren viele Umwege machten und in Großstädte wie Mannheim, Stuttgart, Freiburg die Idee der Sühne und der internationalen Versöhnung trugen. So wurden weit über hunderttausend Menschen erreicht.

Die deutsche pax christi brauchte einige Jahre, bevor sie sich dem Thema der Schuld gegenüber Frankreich und der aktiven Erinnerungsarbeit stellte. Der erste Versuch gegenüber dem Ort Oradour sur Glane (642 durch die SS ermordete Zivilist:innen) eine Geste der Trauer und der Scham zu bewerkstelligen, gelang nicht bzw. nur mit großer Mühe und Zeitverzug. Ein Sühnekelch wurde vom deutschen pax christi-Präsidenten Schröffer Bischof Théas in Lourdes zur Weitergabe an die Gemeinde in Oradour übergab. Es dauerte Jahre, bevor der zuständige Bischof von Limoges den Mut fasste, den Kelch der Gemeinde Oradour zu übergeben. Seitdem setzte ein Umdenken in der deutschen Pax Christi ein. Es folgten Sühnewallfahrten nach Mauthausen (1955) und in das kleine Dorf Ascq bei Lille (86 von der SS ermordete Zivilist:innen, davon zwei Priester).

Weitere gewichtige Initiativen der deutschen wie der internationalen pax christi bestanden in den 1950er Jahren in der Einrichtung von internationalen Brieffreundschaften, grenzüberschreitenden Wallfahrten und den berühmten, jährlichen Routes de la Paix von jungen Erwachsenen. Auch an der Entwicklung von internationalen katholischen Hilfswerken (Misereor) war pax christi beteiligt.

60er Jahre und Sühnezeichen gegenüber Polen

1958 war das Jahr, in dem die deutsche pax christi sich erstmals dem Thema der Aussöhnung mit Polen zuwandte. Laut Beschluss des Vorstands wollte man bereits 1961 eine Sühnewallfahrt nach Auschwitz durchführen. Die Kontakte liefen über den Internationalen Versöhnungsbund in Wien, der

durch Kaspar Mayr und seine Tochter Hildegard Goss-Mayr bereits Kontakte nach Polen, insbesondere zu Bischof Kominek geknüpft hatte. Der Besuch in Auschwitz, die Begegnung mit dem Erzbischof von Krakau, Karol Józef Wojtyła sowie die von ihm gestaltete Versöhnungsmesse in der Stadt Oświęcim sowie die direkte Begegnung mit polnischer Bevölkerung bildeten die Höhepunkte der bewegenden Reise. Die Begegnung mit leidgeprüften ehemaligen Auschwitzhäftlingen bewog die Delegation, insbesondere Alfons Erb, unmittelbar nach ihrer Rückkehr eine „Solidaritätsspende“ ins Leben zu rufen, für die pax christi sich jahrelang ins Zeug legte. Daraus entstand rund acht Jahre später das Maximilian-Kolbe-Werk. Zur weiteren Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen musste jedoch noch ein sehr schwieriger Weg zurückgelegt werden.

Die ersten Kontakte beflügelten die polnischen Bischöfe, ihre deutschen Amtsbrüder während des II. Vatikanischen Konzils mit großer Aufmerksamkeit kennen zu lernen. Zum Abschluss des Konzils schrieben sie einen Brief an ihre deutschen Mitbrüder, in dem sie den berühmten Satz formulierten: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. Die polnische Seite hatte erwartet, dass die deutschen Bischöfe mit einer konkreten Geste in Richtung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze antworten würden. Dies geschah nicht. Daraufhin gründete 1966 eine kleine Gruppe von führenden pax christi-Leuten, vor allem Walter Dirks, Alfons Erb, Margot Müller und Manfred Hörhammer den Bensberger Kreis. Der veröffentlichte 1968 ein berühmt gewordenes Memorandum zu den deutsch-polnischen Fragen, das hohe Aufmerksamkeit erreichte. Ca. 1.300 Pressemeldungen verteilt über Frühjahr und Sommer 1968 befassten sich mit dem Memorandum, das wiederum den entscheidenden Satz enthielt: „...dass wir [Deutsche] die Rückkehr dieser Gebiete [jenseits von Oder und Neiße] in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können.“ Durch dieses Memorandum hatte eine relevante Gruppierung des deutschen Katholizismus den Bann gebrochen und mit der Zustimmung zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze der politischen Aussöhnung mit Polen den Weg geebnet. In den 1970er Jahren führte pax christi diesen Weg durch jährliche gemeinsame deutsch-polnische Auschwitzseminare weiter.

Prof. em. Friedhelm Boll ist Historiker, Mitglied der Bonner pax christi-Gruppe und des Wissenschaftlichen Beirats.

Projekt „Kirche & Weltkrieg“

Quellen zugänglich gemacht für die Friedensarbeit

Peter Bürger



Das Ende 2020 ins Werk gesetzte Forschungs- und Editionsprojekt „Kirche & Weltkrieg“ ist dem Vermächtnis von Heinrich Missalla verpflichtet. Es wird, soweit es römisch-katholische Themenfelder betrifft, vor allem von Mitgliedern der pax christi-Bewegung bearbeitet. Die bislang 14 Bände der Veröffentlichungsreihe sind über den Internetauftritt frei abrufbar (kircheundweltkrieg.wordpress.com), können aber auch in Buchform bestellt werden. Einen schnellen Überblick ermöglicht die fortgesetzte Vorstellung der Neuerscheinungen im Onlinemagazin Telepolis.

An dieser Stelle sollen grundlegende Fragestellungen im Hintergrund des Projektes zur Sprache kommen. Die Kirche der ersten drei Jahrhunderte verweigerte sich nach Ausweis aller erhaltenen theologischen Zeugnisse der Kriegsapparatur des Staates. In den nachkonstantinischen Jahrhunderten wurden hingegen Pazifist:innen, die am alten Standpunkt festhielten, zu Ketzern erklärt. Heute gewährt man dieser Gruppe in den Großkirchen immerhin eine großherzige Duldung. Doch die maßgeblichen Verlautbarungen stehen – trotz der überzeugenden Friedensvoten des gegenwärtigen Papstes – nach wie vor im Einklang mit der staatlichen Militärdoktrin.

Versöhnungsauftrag ins Herz gelegt

Aus dem Blickwinkel der pazifistischen Minderheit, zu der ich zähle, kann die Aufarbeitung der kirchlichen Assistenz in zwei Weltkriegen mitnichten zufriedenstellen. In einer vom Mehrheitsstandpunkt bestimmten Forschung hielt man es

bislang z. B. für möglich, die Geschichte eines Bistums in der NS-Zeit darzustellen, ohne hierbei die Kriegsinhalte der von den Gläubigen bezogenen Kirchenpresse nachvollziehbar zu vermitteln. Die Befunde, die derzeit exemplarisch für zwei westfälische Diözesen erschlossen werden, lassen jedoch einen Abgrund an bellizistischer Staatstreue ansichtig werden.

Ein weiteres Beispiel betrifft den Überfall auf Polen, zu dessen „Ertrag“ hierzulande die Kirchenglocken jubilierten. Vor 40 Jahren hat Reinhold Lehmann (pax christi-Generalsekretär bis 1982) uns jungen pax-Leuten den diesbezüglichen Erinnerungs- und Versöhnungsauftrag ins Herz gelegt. Wer heute das Angebot der Bundeszentrale für politische Aufklärung aufsucht, findet eine kostenfreie – alte – Publikation zum verweigten Geschichtsgedächtnis, aber keinen soliden Forschungsband zu dem am 1.9.1939 begonnenen Verbrechen. Auch auf solche Defizite beziehen sich die jüngsten Klagen aus Polen. Sie verdienen unser Gehör, selbst wenn sie von Politiker:innen vorgetragen werden, deren Kurs keinen Beifall verdient. Geschichtsbewusste Christ:innen hierzulande sollten beim Thema „Reparationen“ an Polen einen unbequemen Standpunkt einnehmen, ohne Rücksicht auf die „öffentliche Meinung“.

Finstere Ausblicke für kirchliche Familie

Die Tuchfühlung mit den Älteren, die von den Schrecken des Krieges und eigenem Versagen zu erzählen wussten, hat



Foto: Bundesarchiv, Bild 146-2005-0193 / Walter Heinsch / CC-BY-SA 3.0

„Letztlich fanden die Bischöfe keinen Ausweg aus der Spannung, die sich aus der geteilten Vorstellung patriotischer Verpflichtung im Krieg, der Legitimität staatlicher Obrigkeit, den daraus resultierenden Gehorsamspflichten sowie den offenkundigen Verbrechen ergab. Die christlichen Maßstäbe zur Einordnung des Krieges trugen offenkundig nicht mehr. So blieb der Blick für die Fragen der eigenen Soldaten und das Leid der Anderen verstellt. Die Äußerungen der Bischöfe, bei allen den jeweiligen Persönlichkeiten geschuldeten Nuancen, scheiterten an der Realität der verbrecherischen Gewalt. Sie blieben auf die (illusorische) Verhaltensänderung der politischen Führung, auf die Einhaltung der rechtlichen Vereinbarungen sowie auf die tugendhafte Pflichterfüllung der Geführten, gewissermaßen also auf ein „richtiges Leben im Falschen“ (Adorno), gerichtet. Den teuflischen Verstrickungen in die Verbrechen und den daraus erwachsenen Nöten wurde man damit nicht gerecht. Mehr noch: Indem die Bischöfe dem Krieg kein eindeutiges „Nein“ entgegenstellten, sondern die meisten von ihnen den Willen zum Durchhalten stärkten, machten sie sich mitschuldig am Krieg.“

Aus: Deutsche Bischöfe im Weltkrieg. Wort zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. April 2020. Hg: Deutsche Bischofskonferenz

mich ehemals zu pax christi geführt. Wenn heute der Bischof von Rom erschrocken ist über einen „Mut zum dritten Weltkrieg“, so betrifft dies eine jüngere Politikgeneration. Ohne Geschichtsbewusstsein und Erinnerung gibt es aber nur finstere Ausblicke für die menschliche Familie. Wenn weiter die Weichen gestellt werden für eine neue Welt-Kriegs-Ordnung anstelle der versprochenen ökologischen Transformation, bleiben alle drängenden Zivilisationsfragen ungelöst. Wer möchte die Leiden der nach uns Kommenden ermesen?

Eine historische Aufarbeitung der theologisierten Kriegsgewalt als Beihilfe zu millionenfachen Massentötungen ist für die Zukunft der Kirche ebenso unverzichtbar wie die wissenschaftliche Erforschung der sexualisierten Klerikergewalt, in deren Folge die Seelen ungezählter Kinder und anderer Schutzbefohlener „ermordet“ worden sind.

Es werden allerdings für diese Studien keine Millionenbeträge bereitgestellt. Reaktionen auf mein Anschreiben an alle Bistumsarchive haben vielmehr ergeben, dass nur eine Minderheit der kirchlichen Stellen bereit ist, das ohne Kirchensteuermittel realisierte Projekt „Kirche & Weltkrieg“ durch erbetene Quellen-Spenden zu unterstützen. Erschreckend war für mich die Anzahl unterkühlter Antworten. In Einzelfällen wurden sogar bereits vorhandene Digitalisate nicht zugänglich gemacht oder strikt nach Gebührenordnung in Rechnung gestellt.

Unterstützung des Projekts

Erfreulicherweise ist auch von Zuspruch zu berichten. Das Team des Kölner Bistumsarchivs übersandte mir z. B. nach einer internen Beratschlagung alle Jahrgänge des kirchlichen Amtsblattes 1933–1945 in einer fest eingebundenen Gesamtausgabe – als Projektspende. Mit großer Freundlichkeit wurden unsere Anliegen ebenfalls in der Bischofsstadt Münster beantwortet. Einige Archivleitungen bedauerten, mangels Personal etc. nur bescheidene Unterstützung anbieten zu können, zeigten aber z. T. Wege auf, wie ohne teure Reisen die wichtigsten Primärquellen (Hirtenworte) erschlossen werden können.

Die amtlichen Anzeiger des Bistums Würzburg und der österreichischen Diözese Linz sind für die gesamte NS-Zeit schon im Internet abrufbar. Entsprechende Digitalisierungen von Amtsblatt und Kirchenzeitung könnten in allen Bistümern jeweils mit nur einem Tag Arbeitsaufwand hergestellt und dann allen Forschenden gegen Bezahlung des Datenträgers zur Verfügung gestellt werden. Wenn dieser erste Schritt geschieht, will ich gerne glauben, dass die amtliche Kirche bereit ist, sich ihrer militärraffinen Vergangenheit zu stellen.

Peter Bürger ist Theologe und Publizist.

Eindeutig pro „Last Generation“

Ein Jesuit nimmt die Herausforderung an

Jörg Alt



Samstag, den 25. September 2021, werde ich nie vergessen. Es war der Tag, an dem der 21-jährige Henning Jeschke nach 27 Tagen ohne Essen und 7 Stunden ohne Flüssigkeitsaufnahme kurz vor dem Tod stand. Alles, was er und die anderen Hungerstreikenden wollten, war, dass die Kanzlerkandidat:innen im Wahlkampf nicht nur über Wirtschaftswachstum, Corona und die Schwarze Null sprechen, sondern auch über die Klimakatastrophe, deren Auswirkungen auf die armen Länder dieser Welt und die heranwachsenden Generationen. Henning wusste, dass Olaf Scholz der nächste Bundeskanzler würde und dass es auf seine Zusage ankommen würde. Hat doch Scholz gar einen Bundestagswahlkampf mit dem „Kanzler für Klimaschutz“ geführt.

Wenige Minuten nach 18 Uhr kam der Anruf von Olaf Scholz und die Zusage, nach der Bundestagswahl ein öffentliches Gespräch dazuzuführen – Henning wurde auf die Intensivstation der Charité gebracht und überlebte.

Karriere als Gesetzesbrecher

Seit dem Hungerstreik der sechs jungen Menschen vor der Bundestagswahl bin ich in Kontakt mit zentralen Akteur:innen

der Letzten Generation. Die Entschlossenheit dieser jungen Menschen verunsicherte und beeindruckte mich tief: Sie setzten sich für soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit ein. Ich auch. Sie traten auf als Fürsprecher:innen jener Menschen im Globalen Süden, die in den Diskussionen der reichen Länder keinen Platz haben. Ich auch. Sie warnten, dass uns die Zeit ausgeht, um gegen die Klimakatastrophe noch etwas Wirksames unternehmen zu können. Ich auch. Sie waren bereit, für diese Botschaft ihr Leben in die Waagschale zu werfen.

Und ich? Konnte ich da weiter an der Seitenlinie bleiben, Beifall klatschen und ansonsten weiter mein Ding machen? Nein, ich fühlte mich als Jesuit und Ordensmann in meinen Prinzipien herausgefordert.

Deshalb beteiligte ich mich an der nächsten Aktion der Letzten Generation, die nach dem Hungerstreik auf die Überproduktion, -verschwendung und -vernichtung von Lebensmitteln aufmerksam machte, worunter auch die armen Länder leiden, weil dort etwa Wälder gerodet werden, damit wir im Globalen Norden Beefburger essen können.

In ganz Deutschland entnahmen Aktivist:innen essbare Lebensmittel, die nur wegen Ablauf des Haltbarkeitsdatums oder einigen Schönheitsfehlern in den Müllcontainern der Supermärkte gelandet waren, und verschenkten sie anschließend. Auch ich tat dies und zeigte mich anschließend wegen Diebstahls an. Das war der Anfang meiner Karriere als Gesetzesbrecher und Straftäter.

Unzureichende Klimapolitik

Warum mache ich als Ordenspriester so etwas? Das muss ich pax christi nicht erklären, denn auch pax christi brach Gesetze in Zeiten, wo ein dringliches Anliegen in Verbindung mit Zeitdruck alle anderen Mittel blass, unangemessen und wirkungslos erscheinen ließ.

Heute, sagt die Wissenschaft, haben wir nur noch drei Jahre, bis die Treibhausgasemissionen spätestens zu sinken beginnen müssen. Schaffen wir das nicht, war es das mit dem Ziel, die globale Erhitzung auf 1,5 Grad begrenzen zu können und die Weichen werden uns zunehmend auf eine globale Heißezeit zusteuern. Und die Politik? Klimakanzler Scholz bestritt in seinem eingelösten Gespräch mit Henning, dass wir einen Klimanotstand haben und meinte, es reiche, wenn Deutschland 2045 klimaneutral würde. Reicht halt nicht, wie überhaupt die Klimapolitik der Bundesregierung(en) unzureichend ist. Sagt das Bundesverfassungsgericht. Ohne dass es die Bundesregierung erkennbar beeindruckt.

Erneut sind wir also in einer Lage, in der wir prophetisch-drastisch warnen müssen. Wir müssen uns dem fossilen Weiter-So entgegenstellen, stören und nerven, bis Menschen merken: Ja, wir haben viele Probleme. Corona, der Ukraine-Krieg, Heizen während des Winters und Inflation sind wichtig. Aber wenn wir jetzt nichts tun, bekommen wir noch viel mehr Probleme. Das ist das fatale an der Klimakrise: Sie ist nur mit 99,9 prozentiger Gewissheit vorhergesagt, aber hierzulande noch nicht wirklich spürbar. Wenn wir sie hier spüren, ist es zu spät zum Handeln.

Tun was richtig ist

So ärgerlich Menschen aktuell über die Letzte Generation sind, so unbeliebt sich diese Aktivist:innen aktuell machen: Im Rückblick werden ihre Mitglieder in einer Reihe mit jenen stehen, die Sklav:innen befreit, Frauen- und Bürgerrechte erkämpft,

++ Acht Menschen über Weihnachten in Präventivhaft ++

Soli-Mahnwache
24.12. um 15:00 bis 16:00 Uhr
JVA Stadelheimer Straße 12

Kolonialmächten die Unabhängigkeit abgetrotzt haben. Man wird ihnen dankbar sein, dass sie Karriere, guten Ruf, ihr Führungszeugnis, ja ihre Freiheit geringer wertschätzten als ihre moralische Verantwortung, ihre Zeitgenoss:innen vor den heraufziehenden Gefahren zu warnen.

Wie meine Freund:innen von der Letzten Generation freue ich mich nicht auf das Gefängnis – und mein Straftatenkatalog ist inzwischen durchaus angewachsen. Aber wie meine Freund:innen von der Letzten Generation bin ich davon überzeugt, jetzt das zu tun, was richtig ist. Das ich tun muss, weil es viel zu wenig tun. Und wenn ich dafür eher verurteilt werde, als dass ich Gesellschaft und Politik zum Hinhören und Handeln bringe, dann habe ich zumindest versucht, was in meiner Möglichkeit gestanden hat.

Jörg Alt SJ ist ein Sozialwissenschaftler, Sozialethiker, Priester und Hochschulseelsorger sowie gesellschaftspolitischer Aktivist.

Die Pläne der Martha Ines Romero

Gespräch mit der neuen Generalsekretärin von Pax Christi International

Liebe Martha, wir gratulieren zu deinem neuen Amt und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dir! Wie waren die ersten Wochen des neuen Amtes als Generalsekretärin von Pax Christi International (PCI)? Was hat Dich am meisten beschäftigt?

Das Amt erlaubt mir eine globale Sichtweise. Ich habe mich mit einigen Sektionen über gemeinsame Themen ausgetauscht, das Programm des Internationalen Sekretariats und die UN-Teams besser kennengelernt. Auch die strategische Planung hat mich sehr beschäftigt.

Was sind Deine Ziele in dieser Funktion?

Mit meinem Team den Strategieplan 2023 – 2025 zu entwerfen, um den Dienst des Internationalen Sekretariats gegenüber den Mitgliedern und assoziierten Organisationen zu stärken und unsere gemeinsame Antwort auf globale Probleme zu verbessern: strukturelle Gewalt, Kriege, Migration, die Klimakrise. Weiter zu fördern, was PCI bisher getan hat: Friedenserziehung, gewaltfreie zivile Aktionen, Einsatz für die Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrags und den Kampf für Menschen- und Naturrechte (Klimagerechtigkeit). All dies ist geprägt von unserer Spiritualität, die in den ärmsten Ländern der Welt verwurzelt ist.

Zweitens, die Stärkung des Sekretariats als qualifiziertes Team, das auf die Bedürfnisse der Bewegung eingeht, mit wachsenden Mitteln, um auf unsere Strategie zu reagieren, um Prozesse in den Regionen zu begleiten, in denen die Inspiration und das Engagement unserer Partnerorganisationen mit ihren Gemeinschaften lebendig sind.

Welches sind die größten Herausforderungen, vor denen Du stehst?

Auf das Streben nach rechtem Frieden, globaler Verwirklichung der Menschenrechte und dem Schutz der Natur mit zivilgesellschaftlichen Netzwerken wirksam zu reagieren. Außerdem müssen wir uns weiterhin für Gewaltfreiheit in allen Bereichen der Kirche einsetzen: mit dem Vatikan – ein Prozess, der 2016 eingeleitet wurde –, mit regionalen Gremien wie COMECE (Kommission der europäischen Bischofskonferenzen), CELAM (Konferenz der lateinamerikanischen Bischöfe) – und in den Randgebieten mit der Kirche, dem Volk Gottes und unseren Basisgemeinden.

Was ist das wichtigste Ergebnis der Konferenz zur Gewaltfreiheit vom Dezember 2022 in Rom?

Seit seiner Amtseinführung im Jahr 2013 hat Papst Franziskus uns aufgefordert, Systeme, die unterdrücken, ausgrenzen und zerstören, gewaltfrei herauszufordern und zu verändern und gleichzeitig neue Optionen für Gerechtigkeit, Frieden und eine nachhaltige Welt zu schaffen. Die Teilnehmer:innen der Konferenz aus rund 30 Ländern – auch aus dem Globalen Süden – reflektierten über die Vision von Papst Franziskus zur Gewaltlosigkeit, die so deutlich auf eine globale Ethik der Gewaltfreiheit im Kontext eines „stückweise geführten Weltkriegs“ hinweist, und die dringende Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels von Gewalt zu Gewaltlosigkeit. Die wichtigste Schlussfolgerung lautet: Es gibt keinen gerechten Krieg mehr! Gewalt ist nicht zu rechtfertigen. Als Christ:innen setzen wir uns für einen gerechten Frieden ein, einen Frieden mit integraler Entwicklung für die Menschen, der die Menschenrechte und die Würde der Indigenen und der Ausgegrenzten achtet, einen Frieden mit Klimagerechtigkeit, einen Frieden, der Gleichberechtigung und die Einbeziehung der Frauen in die Entscheidungsfindung in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft fördert.

Pax Christi International arbeitet derzeit an einer neuen Struktur, damit auch die assoziierten Gruppen bei der Jahresversammlung ein Stimmrecht haben. Wie erlebst Du das Zusammenspiel in der pax christi-Bewegung und was erwartest Du von den europäischen Sektionen, bzw. speziell von der deutschen Sektion an Beiträgen, Initiativen o. ä.?

Die genehmigten Statuten besagen, dass „die Vereinigung aus Mitgliedern und Assoziierten besteht (...)“ Assoziierte sind keine Mitglieder der Generalversammlung und haben kein Stimmrecht. Aber lass mich diese Frage aufgreifen, um dies zu reflektieren: pax christi wurde in Europa geboren, in vom Krieg zerrissenen Gesellschaften, die das Fundament für eine Bewegung bildeten, die sich in ihrem achten Jahrzehnt befindet und nun global ist! Mit seiner Struktur – mit Sektionen und Assoziierten – die zwar nicht den Namen pax christi tragen, aber mit denen wir Kämpfe, Ziele und Werte teilen – fördert pax christi eine stärkere Einbindung und Zusammenarbeit aller seiner Mitglieder.

Die europäischen Sektionen haben wichtige Kämpfe entwickelt – gegen nukleare Rüstung, für Gerechtigkeit für das



Foto: PCI

Kontakte wie hier zu Kardinal Turkson auf internationalen Konferenzen gehören zu den Wegen, auf denen Martha Ines Romero die pax christi-Anliegen via Vatikan in die Katholische Kirche trägt.

palästinensische Volk, für einen verbindlichen Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte, für die Beendigung der Konflikte im Jemen, in Myanmar, Kolumbien, usw. Ich glaube, dass dies in den Schlüsselszenarien der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und vor den globalen Mächten weiter gestärkt werden muss, indem wir uns für einen Dialog einsetzen, in den der Globale Süden viel effektiver eingebunden ist (die meisten von ihnen, Assoziierte). Ich komme aus dem Globalen Süden, ich bin eine Frau und ich glaube an das hoffnungsvolle Potential, das aus den Kämpfen für die Pflege der Pacha Mama kommt; für die Würde der Völker, die unter der Kolonialisierung gelitten haben und für die

Entkolonialisierung kämpfen. Ich glaube, dass pax christi Deutschland weiterhin dazu beitragen kann, den Nord-Süd-Dialog und die Aktion zu stärken.

Ganz herzlichen Dank für die Schilderung Deiner Perspektiven und für Dein Engagement!

Das Gespräch führte Christine Hoffmann, pax christi-Generalsekretärin in Deutschland

„Vielfalt schätzen und Leben teilen“

Partner im Freiwilligen Friedensdienst von pax christi Rottenburg-Stuttgart in Palästina und Israel

Richard Bösch



Im November war Richard Bösch zu Gesprächen mit den Partnerorganisationen von pax christi Rottenburg-Stuttgart in Palästina und Israel. V.l.n.r.: Richard Bösch, Till Flamme-Brüne, Claudette Mubarak (Leiterin des Programms im Sumud Story House), Toine van Teeffelen (Leiter des Bereichs Capacity Building), Elias Abu-Akleh (Co-Präsident, verantwortlich für Finanzen), Fuad Giacaman (Co-Präsident, Trainer)

pax christi Rottenburg-Stuttgart begleitet seit 2015 junge Erwachsene, die ihren Freiwilligen Friedensdienst in Palästina und Israel leisten. Partnerorganisationen sind das Arab Educational Institute (AEI) in Bethlehem und das Lateinische Patriarchat von Jerusalem. Jüngst entstand eine neue Kooperation mit Neve Shalom/Wahat al-Salam (NSh-WaS), der „Oase des Friedens“.

Das AEI ist eine palästinensische Nichtregierungsorganisation, die 1986 von Pädagog:innen in Bethlehem gegründet wurde und seit 2000 Mitglied von Pax Christi International ist. Schwerpunkt ist die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, mit Frauen und mit Lehrer:innen, insbesondere in den Städten Bethlehem, Hebron und Ramallah. Menschen in Palästina sollen ermutigt werden, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen und sich gewaltfrei für Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen. Das AEI unterstützt in seiner Bildungsarbeit den Aufbau eines freien, demokratischen

und kulturell vielfältigen Palästina und macht Informationen über das alltägliche Leben zugänglich, um Menschen für Palästina zu interessieren.

Bildung für Verständigung und Leben in Würde

pax christi-Freiwillige unterstützen das AEI bei Workshops zum Leben in Palästina, zu interreligiösen und interkulturellen Projekten. So kooperiert das AEI mit 30 Schulen in der Region Bethlehem und Ramallah. Mit dem „Youth-Staff“ betreuen und begleiten die Freiwilligen junge Menschen, helfen bei kreativen und spielerischen Angeboten, Ausflügen und Sportangeboten. Je nach Interessen und Talenten bieten sie selbstverantwortliche Workshops an, z. B. in den Bereichen Musik, Theater, Sport, Debattieren oder Sprachunterricht in Deutsch und Englisch. Sie helfen auch, die Situation in den palästinensischen Autonomiegebieten und vor allem die Situation der Jugendlichen über Medien einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das AEI organisiert eine Vielzahl lokaler Aktivitäten. Ziel ist die Stärkung von Dialog und der Aufbau von Kooperationen zur Verständigung zwischen den Religionsgemeinschaften in der Region. Die dauerhafte Repression, der die palästinensische Gesellschaft in der Besatzungssituation ausgesetzt ist, desillusioniert die Menschen, behindert sie in ihrer kreativen Entfaltung und bringt das zivilgesellschaftliche Engagement zum Erliegen. Ziel der Angebote des AEI ist es, Jugendliche und junge Erwachsene zu bestärken, das Leben in Palästina trotz aller Widrigkeiten selbstbewusst und in Würde aktiv mitzugestalten.

Medien und Übersetzungen im Lateinischen Patriarchat

Außerdem arbeiten pax christi-Freiwillige ein bis zwei Tage in der Woche im Lateinischen Patriarchat von Jerusalem, dem Sitz der römisch-katholischen Kirche im Heiligen Land, die für Israel, die palästinensischen Gebiete, Jordanien und Zypern zuständig ist. Unsere Friedensdienstleistenden unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit des Lateinischen Patriarchats in Jerusalem, indem sie mit audio-visuellen Medien arbeiten oder bei Übersetzungen helfen. „Wir unterstützen den Freiwilligen Friedensdienst von pax christi“, so der Kanzler des Lateinischen Patriarchats, Father Davide Meli, „weil wir jungen Erwachsenen aus Deutschland und der ganzen Welt die Möglichkeit bieten wollen, die Arbeit der katholischen Kirche im Heiligen Land kennenzulernen, ihre Talente und Interessen einzubringen, den Reichtum der kulturellen und religiösen Vielfalt schätzen zu lernen und ihre Erfahrungen über das Leben hier, mit all seinen Herausforderungen, mit der Welt zu teilen.“

Seit September 2022 leistet Till Flamme-Brüne, 20 Jahre alt, aus Fulda, einen Freiwilligendienst beim AEI und beim Lateinischen Patriarchat. Auf der Internetseite friedensdienst-bethlehem.weebly.com berichtet Till regelmäßig über seine Erfahrungen. Sein Instagram-Account sowie ein Blog und Podcast sind dort ebenfalls verlinkt.

Seit Sommer 2022 arbeiten pax christi Rottenburg-Stuttgart und pax christi Freiburg an der Einrichtung einer weiteren Freiwilligenstelle im Friedensdorf NSh-WaS. Unterstützt werden wir vom Deutschen Verein der Freunde von NSh-WaS. Wir sind zuversichtlich, dass wir bereits 2023/2024 eine/n Freiwillige/n dorthin entsenden können.

Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung

pax christi-Freiwillige werden in NSh-WaS als „professional volunteers“ arbeiten. Das Dorf ist der einzige Ort in Israel, in dem jüdische und palästinensisch-arabische Israelis vollkommen gleichberechtigt miteinander leben und arbeiten. Die im Dorf vertretenen nationalen Gruppen, Religionen und Kulturen, Männer und Frauen und die beiden Sprachen Hebräisch und Arabisch sind gleichberechtigt. Zentraler

Auftrag des Dorfes ist die eigene Entwicklung und die Erziehung zum Frieden. Die Bildungsarbeit beruht ebenfalls auf Gleichberechtigung und dient der Entwicklung der eigenen Identität, des gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Achtung. Die Entscheidungen in der Dorfgemeinschaft werden auf dieser Basis getroffen.

NSh-WaS liegt auf einem Streifen Land an der sogenannten Grünen Linie, der nach dem Waffenstillstand am Ende des Junikrieges 1967 entmilitarisiertes Niemandsland wurde. Das Landstück hat nicht zu einem der arabischen Dörfer gehört, die während des Krieges 1948/49 zerstört oder deren Land 1948 oder später enteignet wurde. Das Dorf wurde 1972 gegründet; Bruno Hussar, der Gründer, erhielt das Land als Pacht vom Trappistenkloster Latrun ganz in der Nähe, das sich zum Teil in der palästinensischen Westbank befindet. Das Leben im Dorf basiert auf dem Grundsatz, dass alle Dorfmitglieder die gleichen Rechte und Pflichten haben und alles auf dieser Basis entschieden wird.
www.wasns.org

Mögliche Einsatzorte für die Freiwilligen sind die Kinderkrippe, der Kindergarten und die Grundschule (Klasse 1-6) mit Kindern aus 19 Gemeinden der Region, das Fort- und Weiterbildungszentrum School for Peace, das spirituelle Gemeinde- und Kulturzentrum, das Communication & Development Office und – in Form von Hospitationen das Besucherzentrum des Dorfes, eventuell auch der Jugendclub „Nadi“, wo Fähigkeiten im kreativen oder Freizeitbereich eingesetzt werden können. Es geht dabei um Unterstützung der Verantwortlichen.

Die politischen Spannungen und fortgesetzte Diskriminierung belasten das Leben der Menschen in Israel. Diejenigen, die den Mut und den langen Atem aufbringen, trotz staatlich geförderter Ungleichheit für Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung einzustehen, brauchen tatkräftige Unterstützung. Dabei können internationale Freiwillige einen wichtigen Beitrag leisten.



aeicenter.org

Dr. Richard Bösch ist Geschäftsführer von pax christi Rottenburg-Stuttgart und Referent für Friedensbildung.

„... und sie erlernen nicht mehr den Krieg.“ (Jesaja 2,4)

pax christi-Friedenskongress: Perspektiven für eine Welt ohne Gewalt
am 19.–21. Mai 2023 in Leipzig

Freitag 19. Mai 2023

- 15:30–16:15 **Spuren der Friedlichen Revolution kennenlernen**
Nicolaikirche, Nikolaikirchhof 3, 04109 Leipzig
- 19:00 **Festakt 75 Jahre pax christi in Deutschland**
St. Trinitatis, Nonnenmühlgasse 2, 04107 Leipzig
- 20:30 **Politisches (Nacht)-Gebet**
St. Trinitatis, Nonnenmühlgasse 2, 04107 Leipzig

Samstag 20. Mai 2023

- 9:00–12:30 **Workshops zu Zukunftsperspektiven der Friedensarbeit**
Gemeinderäume von St. Trinitatis, Nonnenmühlgasse 2, 04107 Leipzig
- W1 Deutsche Leerstellen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine? Stimmen aus Polen und der Ukraine**
Mit Oleksandr Petrenko, Lidiya Lozova, Yaroslav Minkin, Robert Zurek, Marta Titaniec
- W2 Kampf um Ressourcen – Klima – Menschenrechte**
Was geschieht auf wessen Kosten in Kolumbien und in der DR Kongo?
Mit Margarete Buslay und Jean Djamba
- W3 Gewaltfrei in einer Welt der Gewalt? Keine zukunftsfähige Friedenspolitik ohne Gewaltfreiheit**
Mit Christof Grosse, Klaus Hagedorn, Stefan Silber, Albert Fuchs, Andreas Zumach
- W4 Infos und Argumente zum Rüstungsexportkontrollgesetz**
Mit Susanne Weipert, Holger Rothbauer, Alfonso Zardi

- W5 Auf der Suche nach dem Jerusalemer Flughafen – Film und Gespräch**
Mit der Macherin des Films Nahed Awwad
- W6 Friedensarbeit konkret zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit – Exkursion in das Modelldorf Pödelwitz**
Mit Jens Hausner, Nora Mittelstädt
- W7 Migration – Grenzerfahrungen – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet**
Mit Stefanie Wahl und Tim Thiessen
- 14:00–15:30 **Kunstaktion zu den Zukunftsfragen des Friedens**
Treffpunkt: Wilhelm-Leuschner-Platz
- Gesprächsrunden zu friedensethischen Perspektiven**
- 16:00 **Die Geschichte der pax christi-Bewegung als Auftrag**
Mit Dr. Jens Oboth und Dr. Robert Zurek
- 16:45 **Friedenslogik versus Kriegslogik**
Mit Prof. Hanne-Margret Birkenbach
- 17:30 **Aktuelle Herausforderungen und nächste Schritte**
Mit den Moderator:innen der Workshops vom Vormittag
- 20:00 **Friedenskultur pur – gemeinsames Feiern**

Sonntag, 21. Mai 2023

- 9:30–10:45 **Festgottesdienst**
Mit Bischof Heinrich Timmerevers und Bischof Peter Kohlgraf
St. Trinitatis, Nonnenmühlgasse 2, 04107 Leipzig
- 11:15–13:00 **Gesprächsrunden mit internationalen Gästen**
Gemeindesaal der St. Trinitatis, Nonnenmühlgasse 2, 04107 Leipzig

*Anmelden per beiliegender Postkarte oder auf paxchristi.de
Unterkunft in Leipzig bitte selber buchen*



pax christi
Aachen

info@pax-christi-aachen.de

Frauen geben Frieden ein Gesicht

Frieden und Versöhnung in Bosnien und Herzegowina

Sabine Schleiden-Hecking



Foto: pax christi Aachen

Bei pax christi Aachen kann eine Ausstellung ausgeliehen werden, die 20 bosnische Friedensaktivistinnen porträtiert, die nach dem Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 viele verschiedene Friedensinitiativen ergriffen haben. Sie bauten Projekte für Frauen auf, darunter Frauenhäuser und kommunale Begegnungszentren, um Frauen zu stärken und ihnen dabei zu helfen, nach dem Krieg ein neues Leben zu beginnen.

Frauen erzählen anders vom Krieg

Die Perspektive von Frauen auf diesen Krieg rückt wichtige Themen in den Blick: Vertreibung, rassistische Anfeindungen, Kriegsverbrechen und systematische Vergewaltigung. Die porträtierten Frauen zeigen, wie sie die Vergangenheit und die Folgen des Krieges in dem vormaligen Vielvölkerstaat Jugoslawien bewältigen und welche Antwort sie auf die Frage haben: Wie können wir friedlich miteinander leben und was macht Frauen so stark, dass sie ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können? Es wird eine Geschichte von Krieg und Frieden erzählt, die sich einmal nicht auf militärische

Akteure und Ereignisse stützt, sondern auf das, was Frauen und ihren Familien im Krieg widerfahren ist. Ganz normale Frauen erzählen von der Brutalität des Krieges, den Verlusten und in welche Situationen sie dadurch gestürzt wurden. Es sind Frauen, die nicht hinnehmen wollten, was ihnen geschah und die sich seither der Friedens- und Versöhnungsarbeit widmen.

Erstmals auf Deutsch zu sehen

Die Ausstellung ist aus der Zusammenarbeit der bosnischen Friedensinitiative „Mir sa zenskim licem“ und dem forumZFD in Sarajevo (Bosnien und Herzegowina), und mit der Unterstützung des Historischen Museums von Bosnien und Herzegowina in Sarajevo entstanden. Seit 2018 wird die Ausstellung in bosnischer und englischer Sprache in Sarajevo und anderen Orten des westlichen Balkans gezeigt und nun erstmals auch in deutscher Sprache. pax christi Aachen hat für die Übersetzung und die Herstellung der Ausstellung für Deutschland gesorgt.

Ein Beitrag zu Frieden und Versöhnung

pax christi Aachen entsendet schon seit vielen Jahren Freiwillige Friedensdienstleistende im Rahmen des weltwärts- und ESK-Programms auf den westlichen Balkan und empfängt junge Menschen aus Bosnien und Herzegowina als „Incomer“, diese sind je ein Jahr in Aachen als Freiwillige Friedensdienstleistende aktiv.



Verleih

Die Ausstellung kann gegen Kautions ausgeliehen werden. Bei Interesse rufen Sie gerne in der pax christi-Geschäftsstelle an: 0241 / 40 18 795 oder schreiben eine Mail an: friedensarbeit@pax-christi-aachen.de

„... damit alle leben können!“

Die Arbeitsgruppe „Ökonomie und Ökologie“ stellt sich vor.

Stefan Leibold



In der AG arbeiten mit: Johannes Kirsch, Stefan Leibold, Peter Schönhöffer, Adolf Witte und Horst-Peter Rauguth vom Bundesvorstand. Charles Borg-Manché musste aus gesundheitlichen Gründen Anfang 2023 seine Mitarbeit beenden. Wer Interesse an unserer Arbeit hat, gerne melden!

Hinter dem sachlich und harmlos klingenden Namen unserer AG verbirgt sich de facto ein riesiges Konfliktpotenzial. Davon, dass in beiden Begriffen das gleiche Wort vom gemeinsamen „Haus“ (Oikos) vorkommt und das „und“ dazwischen als ein friedliches Miteinander von Wirtschaft und Umwelt gedeutet werden kann, sollten wir uns nicht täuschen lassen. Mit dem Verhältnis von „Ökonomie“ und „Ökologie“ stellen sich eine ganze Reihe von lebenswichtigen und zeitlich drängenden Fragen, auf die unbedingt Antworten gefunden werden müssen. Es geht um die Zukunft, ja um die Existenz des Menschen und darüber hinaus des „gemeinsamen Hauses“ für alle Lebewesen, unsere Erde. Sind wir vielleicht schon die „letzte Generation“?

Die Fakten liegen auf der Hand: Die Klimakatastrophe schreitet unablässig voran, und niemand weiß genau, an welchen sogenannten Kippunkten kein Zurück mehr möglich ist. Schon jetzt fliehen viele Millionen Menschen vor Fluten und Dürren, vor Ausbeutung und Gewalt. Unser Welt- und Wirtschaftssystem, das die Natur und auch die Menschen einer radikalen Ausbeutung unterwirft, ist nicht überlebensfähig und muss grundlegend umgebaut werden.

Wichtigstes Kriterium ist die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller! Mit den Voraussetzungen für akzeptable Lebensbedingungen für alle wachsen auch die Grundlagen für eine erfolgreiche weltweite Friedenspolitik. Insofern berühren nationale, ethnische und religiöse „Egoismen“ sowie die Gier nach Ansehen, Macht und Reichtum direkt die Arbeit von pax christi. Papst Franziskus hat es zugespitzt: „Diese Wirtschaft tötet!“

Was ist zu tun? Was können wir als pax christi tun?

Unsere AG hat auf der letzten DV einen Impuls gestaltet und unseren „Schalom-Zirkel“ auf dem Marktplatz aufgestellt. Oft erleben wir, dass politische Arbeit auch dadurch schwierig wird, dass eigene Bedürfnisse und Kommunikationsmuster nicht von allen gleichermaßen reflektiert werden. Daher bereiten wir biografisch-spirituelle Exerzitien gemeinsam mit zwei Supervisoren und Coaches aus Münster vor, die den Titel tragen: „Wie sollen wir die Welt retten, wenn wir schon unsere Beziehungen nicht auf die Reihe bekommen?“ Dort wollen wir uns mit existenziellen Fragen unserer Bedürfnisse und unserer Identität in der Welt der „Mächte und Gewalten“ beschäftigen und fragen, wie sich ein anderes Bewusst-Sein positiv auf unsere Beziehungen auswirken könnte.

Wir planen eine Veranstaltung mit der „ökonomischen Dogmatik“ und dem Wachstumszwang des Systems. Vorher wird die AG einen Workshop auf der Konferenz zum pax christi-Jubiläum in Leipzig anbieten.



Frauen, die sich für den Frieden einsetzen

Olga Lucía Alvarez Benjumea

1996 entstand in Kolumbien die „Friedensroute der Frauen“ als Reaktion auf die massive Gewalt, der wir Frauen in den Konfliktgebieten ausgesetzt sind. Unsere Frauenbewegung aus allen gesellschaftlichen Bereichen macht die Auswirkungen des Krieges auf unser Leben sichtbar und fordert das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und die Rekonstruktion des individuellen und kollektiven historischen Gedächtnisses, damit sich so etwas nicht wiederholt.

Inneren Frieden willkommen heißen

Frieden ist nicht nur das Ergebnis von Verhandlung über einen bewaffneten Konflikt, sondern auch der ethische, moralische und kulturelle Wiederaufbau einer jeden Stadt oder Region. Die Frauen unterstützen andere. Sie fordern z. B. deren verschleppte Kinder aus den Gefängnissen freizulassen.

Kommt her zu mir, alle, die ihr müde seid, und ich werde euch Ruhe geben. Diese Worte Jesu bedeuten nicht, dass das Christentum ein gutes Supermarktangebot ist, auch nicht, dass es alles leicht macht. Kriege, Gewalt, Vergewaltigungen etc. schaffen Unfrieden. Einander zuhören, sich gegenseitig helfen, gibt Frieden.

Die Begegnung mit Jesus schafft Gelassenheit und Ruhe in den Tiefen unserer Existenz. Es ist notwendig, den inneren Frieden willkommen zu heißen, die Erfahrung, dass „Gott allein genug ist“. Die Göttlichkeit ist die gute Energie, die die Gebeugten wieder aufrichtet.

Unterdrückung der Wahrheit

Gegenwärtig gibt es einundsechzig Kriege in der Welt, die aus der Unterdrückung der Wahrheit entstanden sind, die den Nährboden für diese Zunahme von Gewalt bildet. Es gibt viele unvollständige, verzerrte und verstümmelte Informationen, die ein Klima der Unsicherheit, des Misstrauens und der Skepsis schaffen. Wenn Herrschende zu den Waffen der Lüge greifen oder wenn die Behörden die Aufklärung der Wahrheit verhindern, um Ungerechtigkeiten zu vertuschen, zerstören sie den Weg zum Frieden. Wir suchen und brauchen den Geist der Wahrheit, gepaart mit Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Frieden bedeutet nicht nur Waffenstillstand, die Abwesenheit von Krieg und blutiger Gewalt. Frieden ist die Harmonie der Menschen mit sich selbst und mit anderen, die Freude am Leben, das gute Zusammenleben in Achtung und Gerechtigkeit. Er muss unter allen Menschen aufgebaut werden, ohne dass wir uns von Besitz- und Machtstreben beherrschen lassen.

Die Achtung vor dem Leben aller Menschen ist von grundlegender Bedeutung, besonders für uns Gläubige. Laut Jesus darf kein Mensch geopfert werden. Wir alle können an der Schaffung eines neuen Bewusstseins und einer neuen Lebensweise mitwirken, die die gewalttätige Gesellschaft öffnet, hin zu einer Zukunft der Geschwisterlichkeit.

Olga Lucía Alvarez Benjumea, pax christi Medellín, Kolumbien.



Friedenskongress

19. - 21. Mai 2023 in Leipzig

Perspektiven für eine Welt ohne Gewalt

„...und sie erlernen nicht mehr den Krieg.“ (Jesaja 2,4)



Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e. V.
Pax-Bank eG
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODED1PAX
Verwendungszweck: Frieden spenden

www.paxchristi.de